

## **Letzter nicht gedruckter Leserbrief an BZ**

### **Erweiterung des Todesstreifens an der A39 bei Rünigen**

Den Herstellern von Kettensägen wäre sicher vor Freude das Herz gehüpft, hätten sie gesehen, mit welcher Mühe und Sorgfalt die letzte Bäume und Sträucher hinter der Sichtschutzwand am Ortseingang von Rünigen in Höhe der Videothek niedergemetzelt wurden.

Als besorgter Bürger dieses Ortsteils fragt man sich nun, welchen Sinn oder Unsinn diese Aktion nun haben soll. Ist es eine langfristig vorher angelegte Maßnahme zum geplanten Umbau von Verkehrswegen oder ist es einfach nur die Freude an der Lust des Sägens ?

Leider sind wir in Rünigen in der unglücklichen Situation, nie von Maßnahmen, die die Lebensqualität in unserem Ortsteil nachhaltig beeinträchtigen, vorher zu erfahren. Grundsätzlich werden wir vor vollendete Tatsachen gestellt.

Aus der Presse mussten wir vor kurzem zur Kenntnis nehmen, dass ein Baugebiet im Dreieck Rünigen – Broitzem – Geitelder Wald geplant ist, dem 25% von vorhandenem Naturschutzgebiet geopfert werden sollen. – In anderen Bezirken unserer Stadt werden große Baumaßnahmen gestoppt, weil dort etwas Magerrasen wächst, oder eine seltene Hamsterart gesichtet wurde.

Es erhebt sich nun zwangsläufig die Frage, ob mehrere hundert gesunde Büsche und Bäume, deren Stammdurchmesser teilweise weit über 30cm liegt, weniger wert sein sollen, als anderen Orten der Magerrasen. Hier handelt es sich um einen Teil der grünen Lunge Rünigens, die für die Lebensqualität zwischen Autobahn und der überlasteten B 248 von großer Bedeutung ist.

Es ist schwer nachvollziehbar, dass es Menschen sind, die Entscheidungen zur Durchführung dieser Aktionen treffen. Sicherlich wohnen sie nicht in Rünigen, hier ist nur ihr Spielplatz.

Man hört in der heutigen Zeit sehr oft den Begriff „Politikverdrossenheit“. Wie er zu Stande kommt, ist kein Geheimnis mehr, wenn man solchen Umgang erfahren muss. In einer Demokratie, in der alle Macht vom Volke ausgehen sollte, kann der einzelne Bürger zwar nicht in jede Abstimmung einbezogen werden, (dann hätten wir vielleicht noch nicht den Euro), aber es kann erwarten, dass er über Dinge, die sein Umfeld beeinträchtigen, vorher informiert wird. Bei sachlicher Information mit fundierten Argumenten werden wird sich kaum jemand einer sinnvollen Neuerung verschließen. In den Medien wird in diesen Tagen angesichts der vielen umstrittenen Reformen oft gefordert: „...man muss den Bürger mitnehmen, damit er den Sinn versteht...“. Dies muss natürlich auch auf der unteren Ebene, nämlich in unserem Stadtteil gelten. Wenn jedoch unser Bezirksrat selbst nicht rechtzeitig informiert wird, kann er sich nicht in der Lage sehen, Informationen an Bürger, die auch Wähler sind, weiterzugeben. Schade. Nun sind wir um einen Baumfriedhof reicher.

Ernst Knüppel & Reinhard Scholz  
Bürgergemeinschaft Rünigen e.V.